

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU – Ratsfraktion am 17. Dezember 2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine Damen und Herren,

in diesem Jahr kann eine Haushaltsrede natürlich nur mit dem auch für uns wichtigsten Thema diesen Jahres beginnen: den Flüchtlingen die in großer Zahl nach Deutschland und damit auch nach Meerbusch gekommen sind.

Ich will hier – das wäre der falsche Platz - nicht die großen politischen Fragen rund um dieses Thema diskutieren, ich will mich auf die Auswirkungen hier vor Ort in Meerbusch beschränken. Die großen Aufgaben haben sich im wahrsten Sinne manchmal buchstäblich „über Nacht“ gestellt und mussten in Rekordzeit bewältigt werden. Das hat in Meerbusch hervorragend geklappt, und deshalb gilt es in diesem Jahr, zuerst denjenigen zu danken, die dafür verantwortlich waren.

Damit meine ich die Verwaltung, an der Spitze die Bürgermeisterin, die sich das erste Amtsjahr sicher auch etwas anders vorgestellt hatte. Liebe Angelika Mielke-Westerlage, vielen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz!

Genauso bedanken möchte ich mich aber auch bei den Beigeordneten, in dieser Sache vor allem bei Herrn Maatz, den Bereichsleitern und allen Mitarbeitern, sehr viele haben weit über das Erwartbare hinaus gearbeitet.

Doch trotz aller Leistungen bei unseren „professionellen“, es wäre ohne die vielen Freiwilligen nicht gegangen. Viele Menschen haben sich uneigennützig engagiert, haben das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft repräsentiert und Gutes getan. Stellvertretend für diese Menschen möchte ich den Verein „Meerbusch hilft“ erwähnen, der dieses Engagement ja auch dauerhaft fortführen will.

Und ich möchte in diesen Kreis auch die hier anwesenden Rats-Politiker einbeziehen. Wir haben praktisch alle Beschlüsse zu dieser Thematik hier einstimmig gefasst und so mit dafür gesorgt, dass Meerbusch seinen Teil zur Lösung beigetragen hat. Wir haben aber auch alle gemeinsam mitbekommen, dass man für diese Einstellung im Zweifel auch gegen harschen Gegenwind standhalten muss. Ich bin froh und stolz darüber, in dieser Sache hier im Rat so eine große Einmütigkeit zu erleben!

Aber kommen wir nun zu dem Thema, dass ja traditionell der Kernpunkt dieser Rede sein sollte, unserem Haushalt für das kommende Jahr 2016.

Wir – die CDU und Bündnis90/Die Grünen - sind im Grundsatz unserer Linie treu geblieben: sparen wo möglich, kaufmännische Vorsicht bei den Annahmen, ein gutes Angebotsniveau und die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung für unsere Bürger erhalten!

Die äußeren Bedingungen für diesen Kurs haben sich leider drastisch verschlechtert. Der Tatsache, dass die Ebenen über uns wie Kreis oder der LVR für steigende Soziallasten mehr Geld brauchen- und wir reden ja alleine für Meerbusch über mehrere Millionen Euro - , ist ja zumindest teilweise nicht zu widerlegen. Wir vermissen allerdings bei den Umlage-finanzierten Ebenen über den Kommunen auch manchmal den strikten Willen zum Sparen.

Und wir sehen in Nordrhein-Westfalen generell eine strukturelle Unterversorgung der Kommunen und - für Meerbusch doppelt erschwerend – eine generelle und zunehmende Benachteiligung der ländlichen Kreise.

Hinzu kommt noch die mit über 2 Millionen in 2016 nochmals gestiegene Abundanzumlage. Sie bleibt ein großes Ärgernis, zwingt sie uns doch, mit unseren Schulden konsumtive Ausgaben großer Städte zu finanzieren! In meinen Augen eine schlimme Fehlkonstruktion aus angeblicher Solidarität heraus. Wollen wir hoffen, dass diese Praxis durch das Gericht in Münster beendet wird!

Wir haben beschlossen, diesen Eingriffen in unseren Haushalt nicht „hinterher zu sparen“. Wir wollen als Kommune attraktiv für Neubürger und Familien bleiben, weil wir so unsere Zukunft am besten gesichert sehen. Wir wollen kulturelle Einrichtungen wie die Stadtbücherei oder die Musikschule halten. Wir wollen mit dem Hallenbad ein Sport- und Schulangebot bieten. Wir wollen für unsere Kinder qualitativ hochwertige KITAs und Schulen erhalten. Wir wollen insgesamt ein attraktives städtisches Umfeld schaffen.

Unsere Politik der letzten Jahre war erfolgreich, das zeigt sich an den aktualisierten Demografie-Daten. Wurde uns noch vor 5 Jahren eine sinkende Bevölkerung prognostiziert, hat sich dies inzwischen als falsch herausgestellt. Und auch die Altersstruktur entwickelt sich deutlich anders: Meerbusch bleibt „jünger“ als gedacht. Wir sagte mit kürzlich jemand auf einem Weihnachtsmarkt in Meerbusch: so viele Kinderwagen hätte er hier noch nie gesehen!

Ein weiterer Erfolg unserer Politik: der Frischemarkt hat eröffnet und funktioniert prächtig! Der Ortskern Osterath entwickelt sich ebenfalls positiv. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, alle hier immer wieder geäußerten Bedenken haben sich als unbegründet herausgestellt.

Ein Wort zu dem umstrittenen Thema Parkgebühren: es ist nie schön, Gebühren für etwas einzuführen, was vorher kostenlos war. Es war auch nie ein Lieblingsprojekt der CDU. Wir haben schließlich selber die Parkuhren abgeschafft und jahrelang gegen Stimmen anderer für die Beibehaltung des kostenlosen Parkens geworben.

Aber auch wir sind gezwungen, die Einnahmen und die Ausgaben in einem ausgewogenen Verhältnis zu halten. Und die gefundene Regelung mit der kostenlosen halben Stunde und dem freien Samstag kommt den Bürgern und den heimischen Einzelhändlern entgegen.

Für eine weiterhin positive Zukunftsentwicklung und für deren Finanzierung brauchen wir neue Gewerbegebiete. Das interkommunale Gewerbegebiet mit Krefeld ist unsere Chance für eine Weiterentwicklung auf einem so hohen Niveau.

Beinahe schon traditionell an dieser Stelle, aber eben auch weil ich es wirklich nicht verstehe: warum ausgerechnet die FDP die einzige Partei ist, die gegen dieses Gewerbegebiet stimmt, kann mir keiner wirklich erklären. Wie bitte kann ich denn die Zukunft einer Kommune finanziell sichern, wenn ich ihr bei der einzigen selbst-bestimmten Einkommensquelle die Luft abschneide? Das Argument mit der angeblichen Ansiedlung von Logistik ist an dieser Stelle wirklich Unfug: Kein Meerbuscher Politiker hat sich je dafür ausgesprochen, dort Logistik anzusiedeln, und es bleibt ja schließlich unsere Entscheidung! Und was in 10 oder 20 Jahren an Nachfrage existiert, wird nicht einmal die FDP wissen.

Wir brauchen auch weiterhin die K9n. Das Gewerbegebiet Bunderott, der Wertstoffhof, die vielen Umwegverkehre sind nach wie vor die wichtigsten Gründe dafür.

Und wir brauchen die Bahnunterführung. Jetzt hat man ja endlich mal den Eindruck, dass bei diesem Projekt etwas passiert. Osterath wird mit dieser Baumaßnahme zusammenwachsen und vor allem: die Menschen gewinnen viel Zeit für sinnvollere Tätigkeiten als „vor der Schranke stehen“ zurück.

Mit diesem für Meerbusch durchaus optimistischen Ausblick will ich schließen und wünsche allen hier im Saal und ihren Familien und Freunden ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes – und ich hätte nie gedacht, dass dies mal so ein aktueller Wunsch sein wird- auch ein friedliches Neues Jahr!

Werner Damblon

Es gilt das gesprochene Wort.

-Es gilt das gesprochene Wort-
Nicht vor Donnerstag 17.12.2015 nach der gesprochenen Rede zu veröffentlichen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte interessierte Mitbürgerinnen und
Mitbürger,

am Ende eines ganz besonderen Jahres gilt es heute
den Haushalt der Stadt Meerbusch abschließend zu
beraten.

Seit Monaten kommen immer mehr Menschen in unsere
Stadt. Sie verlassen ihre Heimat, in der sie verfolgt oder
bedroht werden, um bei uns Schutz und Obhut zu
finden.

Die Bewältigung dieser Aufgabe stand in den letzten
Monaten im Zentrum unseres Handelns. Ich bin dankbar
und froh, dass neben dem hauptamtlichen Engagement
der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung
gerade auch der persönliche und menschliche Einsatz
der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer dazu
beigetragen hat und weiterhin dazu beiträgt, diese
Herausforderung anzunehmen. Viele Menschen helfen
bei der Kleiderkammer, sammeln Spenden, geben
Deutschkurse oder kümmern sich ganz intensiv und
persönlich um die Menschen aus den Krisenregionen,
indem sie diese beispielsweise zum Arzt begleiten oder

Behördenwege unternehmen. Auch in Meerbusch können die Hilfesuchenden Herzenswärme und eine große Willkommenskultur erleben.

Dafür möchte ich herzlich „Danke“ sagen. Danke an all diejenigen, die Barrieren abbauen und sich den Menschen zuwenden.

Die Flüchtlingsarbeit ist eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle fordert. Nur gemeinsam werden wir diese Aufgabe bewältigen. Und mit gemeinsam meine ich explizit auch alle staatlichen Ebenen. Und natürlich müssen wir auch in europäischen Dimensionen denken. Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Exkurs: Es bedarf einer einheitlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa. Europa ist eine Solidargemeinschaft, wir erwarten daher von allen Mitgliedstaaten, dass eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa angestrebt wird. Auch müssen die EU-weit geltenden Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen durchgesetzt werden. Und selbstverständlich bedarf es einer Unterstützung der besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten sowie der konsequenten Bekämpfung von Scheppern und Schleusern. Geschieht dies nicht, so habe ich große Sorge, dass es in Europa zu immer stärker werdenden Nationalisierung kommen wird.

Aber zurück zu den staatlichen Ebenen in Deutschland. Alle Ebenen müssen die Verantwortung annehmen.

Und in weiten Teilen gelingt dies auch: Noch nie zuvor ist es gelungen in so kurzer Zeit ein Gesetz durch Bundestag und Bundesrat zu bringen.

Die beschlossenen Maßnahmen des Asyl-Beschleunigungsgesetzes haben natürlich auch Auswirkungen auf uns als Kommune:

- Der Bund hat die Mittel für die Hilfe von Ländern und Kommunen auf zwei Milliarden verdoppelt,
- die Länder und die Kommunen werden dauerhaft mehr Geld für Flüchtlingsarbeit erhalten
- die Mittel für die Versorgung der unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge wurden auf 350 Mio. erhöht.

Und dennoch stehen die Kommunen weiterhin vor großen Aufgaben. Denn vor Ort müssen die Hilfesuchenden untergebracht und integriert werden, und das bedeutet weit mehr als auskömmliche, finanzielle Rahmenbedingungen.

Natürlich werden durch eine solch große Herausforderung auch bereits bekannte Probleme noch verstärkt. Daher ist es gut, dass nun durch geänderte Fördermodalitäten wieder mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden, natürlich für alle, nicht nur für Flüchtlinge.

John Steinbeck sagte einmal.“ Das Leben besteht hauptsächlich darin, dass man mit dem Unvorhergesehenen fertig werden muss.“ Gemäß diesem Zitat haben der Rat und seine Ausschüsse schnell und einvernehmlich den Weg frei gemacht, städtische Grundstücke für die Bebauung mit bezahlbaren Wohnungen an geeignete Bauträger zu

veräußern. Das hat natürlich nicht nur zu uneingeschränkter Zustimmung geführt.

Aber für die SPD war diese Jahr auch aus einem weiteren Grund, ein ganz besonderes Jahr. Bei den letzten Haushaltsberatungen habe ich Ihnen „das Wunder von Meerbusch“ erläutert: die SPD hat den Haushalt für das Jahr 2015 zugestimmt. Und wir hatten gute Gründe dafür. Wir konnten mit unseren Anträgen dafür sorgen, dass Mittel eingesetzt wurden unter anderem für:

- ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept
- Planungskosten für dringend erforderliche weitere Gesamtschulplätze
- den Ankauf von Grundstücken, um preiswerten Wohnraum für die Menschen in Meerbusch zu schaffen,
- die Sanierung unseres Hallenbades
- für die dringend erforderliche Sanierung von Radwegen
- für eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
- für die Personal- und Führungskräfteentwicklung unserer Verwaltung.

Doch was ist aus diesen wichtigen Punkten geworden?

An dieser Stelle möchte ich zwei Punkte genauer betrachten.

1. Ja, das ISEK ist auf den Weg gebracht worden. Mit dem Planungsbüro Schulten hat die Verwaltung ein

Unternehmen gefunden, das durch einen interdisziplinären Ansatz Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Stadt gemeinsam mit Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten wird:

Wie kann der demografische Wandel erfolgreich bewältigt werden?

Auf welche Stärken können wir setzen?

Welche Schwächen müssen wir beheben?

Welche Standortansprüche haben Gewerbe und Unternehmen?

Wo ergeben sich strukturelle Probleme in der Wohn- und Versorgungssituation?

Wie können alternde Quartiere fit für die Zukunft gemacht werden?

Aus Sicht der SPD soll das ISEK sowohl die räumliche Gesamtentwicklung unserer Stadt als auch die gesellschaftlichen Zukunftsthemen behandeln. Alle nun noch zu erarbeitenden Ideen und Vorschläge von SSR müssen im Sinne einer dialogorientierten Stadtplanung intensiv mit den bereits genannten handelnden Personen diskutiert und weiterentwickelt werden.

Doch im letzten Planungsausschuss mussten wir erleben, dass die Grünen bereits jetzt Stellung beziehen, um die Ergebnisse dieser dialogorientierten Erarbeitung von Antworten zu torpedieren. Es wurde von Jürgen Peters der Eindruck erweckt, dass an der Zukunftswerkstatt „vorbelastete“ Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren, die nur Flächen überplanen und bebauen wollen. Da frage ich mich, wie soll es gelingen Menschen für die Mitwirkung an der Entwicklung unserer

Stadt zu gewinnen, wenn sie befürchten müssen, dass ihre Ideen und Vorstellungen so unnötig entwertet werden?

Das Ergebnis konnte dann leider auch bei der Haushaltsberatung gesehen werden. Die Mittel für Investitionen im Planungsbereich wurden auf 100.000 halbiert. Genau der Haushaltsansatz, der für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem ISEK benötigt wird, wird zusammengestrichen. Was für ein Signal!

2. Der Ansatz für den notwendigen Erwerb von Grundstücken sollte nach Auffassung der SPD Fraktion deutlich erhöht werden. Ja, es sind Mittel im Haushalt aber der überwiegende Teil steht in der VE.

Doch eine Ermächtigung im Haushalt wird deshalb gesondert ausgewiesen, weil man davon ausgeht, dass erst in den künftigen Haushaltsjahren die Leistung von Ausgaben erfolgen wird. Sie dienen der Wahrung des **Fälligkeitsprinzips**.

“Verschieb nicht, was Du heute besorgen kannst auf morgen; denn morgen findest Du etwas Neues zu besorgen“ sagte einmal der Philosoph Friedrich Rückert. Und wie Recht er damit hat. Das unzureichende Angebot von bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren bekannt. Wir wollen deshalb nicht in den folgenden Haushaltsjahren aktiv werden, sondern bereits im kommenden Jahr verstärkt Grundstücke erwerben.

Dies ist auch deshalb nötig, weil die Mehrheit des Rates das Angebot der Bezirksregierung ausgeschlagen hat, die im städtischen Besitz befindlichen Grundstücke

entlang des schienengebundenen Nahverkehrs in Zukunft zu entwickeln. Städteplanerisch und haushaltstechnisch aus unserer Sinn im Übrigen ein absoluter Fehler.

Es ist 2013 nach vielen Jahren gelungen, einen gemeinsamen Beschluss zu Förderung des bezahlbaren Wohnraums zu fassen. Doch was ist passiert? Wie viele Grundstücke hat die Stadt erworben um diesem gemeinsamen Ziel näher zu kommen: Kein einziges.

Das ist uns viel zu wenig! Wir haben daher den Antrag gestellt, dass nur noch die Grundstücke entwickelt werden, die zuvor seitens der Stadt erworben wurden.

Der Beschluss aus dem Jahre 2013 sieht weiterhin vor, dass für alle städtischen Grundstücke, bei denen es um die Schaffung von Wohnraum geht, ab 20 Wohneinheiten eine Quote von 30% für den Anteil von sozialem Wohnraum festgelegt wird. Wir wollen, dass diese Quote auch für alle nicht städtischen Grundstücke gelten soll.

Beide Anträge der SPD wurden vertagt, dass es noch internen und externen Beratungsbedarf bei den Kooperationspartnern gibt.

Wir können uns dem Eindruck nicht verwehren, dass diese Kooperation für Meerbusch zunehmend Stillstand bedeutet. Wichtige Entscheidungen werden nicht getroffen, sondern müssen erst intern und extern beraten werden. Aber um es mit Johann Wolfgang von Goethe zu sagen: "Es gilt am Ende doch nur: Vorwärts!"

Uns ist sehr daran gelegen das Thema Schaffung von dringend benötigten sozialem Wohnraum auch tatsächlich umgesetzt wird.

Und das meine sehr verehrten Damen und Herren ist kein Reflex. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten folgen vielmehr einem inneren Kompass. Unser Ziel ist es, dass Meerbusch eine Stadt ist, in der alle Menschen gut leben können. Und dazu müssen Entscheidungen nicht nur getroffen, sondern auch umgesetzt werden.

Bislang ist mit dem gemeinsamen Beschluss nicht genug erreicht worden. Es gibt nicht Gutes, außer man tut es. Heißt es im Volksmund, und so ist es auch. Die Menschen in Meerbusch erwarten von uns, dass wir endlich nachhaltig das Thema angehen und ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen. Dazu brauchen wir auch die finanziellen Mittel, um Grundstücke zu erwerben und die sind leider nur unzureichend im Haushalt eingestellt worden.

Im letzten Jahr habe ich gescherzt und die sehr geehrten Kollegen Fraktionsvorsitzenden der CDU und der Grünen, lieber Herr Damblon, lieber Jürgen Peters für die Verleihung des Plagiarius Preises vorgeschlagen.

Aber leider sind Ihre Qualitäten beim Abschreiben und Imitieren von SPD Anträgen wieder schlechter geworden. Deshalb habe ich heute leider keinen Preis für Sie.

Anstatt wie von uns vorgeschlagen zunächst mit dem Dr. Franz-Schütz Platz bei der Erhebung von Parkgebühren

zu starten, wollen Sie nun 200.000 Euro investieren, um alle Parkplätzen ab 30 Stellplätzen einer Parkgebühr zu unterziehen. Für die Planung der Fremdbewirtschaftung von beschränkten Parkplätzen wird für 50.000 Euro ein Ingenieurbüro beauftragt. Man kann nur hoffen, dass dieses Büro ihren Vorschlag so abändert, dass die Beeinträchtigungen der Anwohner, der Geschäftsleute und des Verkehrs auf ein verträgliches Maß reduziert werden.

Ziel unseres Antrages war, die Fluktuation zu erhöhen und damit den Geschäftsleuten verstärkt Kunden zuzuführen. Auch wollten wir Teile des Dr- Franz-Schütz-Platzes einer neuen Gestaltung unterziehen, damit die Attraktivität dieses Platzes erhöht wird. Nun werden alle Ortsteile gleichermaßen mit den noch nicht überschaubaren Folgen des Aktionismus von Grünen und CDU konfrontiert. Besonders sorgenvoll betrachten wir die möglichen Auswirkungen auf den Stadtteil Osterath. Hier müssen alle Anstrengungen unternommen werden das „Dorf“ zu stärken, und es nicht durch unnötige Risiken weiter zu belasten.

Die Auswirkungen des neuen Frischemarktes sind bereits jetzt zu spüren, und das nicht nur in Osterath.

Die Marktleute in Osterath merken einen deutlichen Rückgang der Kundinnen und Kunden, der REWE Markt auch. Aber auch in Büderich am Deutschen Eck sind die Folgen deutlich erkennbar. Nachdem der EDEKA am Deutschen Eck aufgegeben wurde, fehlt der Supermarkt. Die Einzelhändler beklagen einen deutlichen Umsatzrückgang. Besonders aber für ältere Menschen ist der Weg aus Büderich Süd, der ehemaligen Böhlersiedlung oder der Vogelsiedlung bis zur

Lortzingstraße zu weit. Statt in rund 700m erreichen Anwohner der Straße „Am Kapittelsbusch“ nun erst nach rund 1,3 km den nächsten Supermarkt . Und unseren neuen zukünftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf dem ehemaligen Böhlererweiterungsgelände muten wir ebenfalls deutlich längere Wege zum Einkaufen zu. Durch die Fehlentscheidung von Grünen und CDU einen überdimensionierten Frischemarkt in Osterath zu planen, vergeist das Deutsche Eck. Im Übrigen spricht auch die IHK davon, dass die Entwicklung im Einzelhandel absehbar war. Aber nun ist wertvolle Zeit verstrichen und der Leerstand am Deutschen Eck ist eingetreten. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, die Bürgerinnen und Bürger erwarten von Ihnen und der Wirtschaftsförderin ihren persönlichen Einsatz damit es hier zu einer zeitnahen Neuansiedlung kommt. (Bericht RP erwähnen)

Ja es gibt noch einige Handlungsfelder, die in Meerbusch bearbeitet werden müssen. Aber der Haushalt trägt diesen Herausforderungen leider nur bedingt Rechnung.

Wir erleben derzeit auch in Meerbusch eine absolut außergewöhnliche Situation. Seit Sommer überschlagen sich auch bei uns die Geschehnisse. Es ist eine besondere Leistung, dass alle Parteien in den Fragen der Flüchtlingspolitik nicht zerstritten sind, sondern vielmehr bisher gemeinsam an guten Lösungen arbeiten. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger auch genau dies von uns erwarten. Aber machen wir uns nichts vor. Bislang galt es vor allem Obdachlosigkeit der Flüchtlinge zu verhindern. Dies ist durch die

Schaffung der Notunterkünfte gelungen. Hierfür habe ich bereits zu Beginn allen Beteiligten gedankt.

Doch in den kommenden Monaten werden weitere Herausforderungen auf uns warten. Zum einen werden die Notunterkünfte auslaufen. Das bedeutet, dass wir deutlich mehr Kommunale Flüchtlinge aufnehmen werden. Nach derzeitigem Stand ist damit zu rechnen, dass Meerbusch dann rund 40 Flüchtlinge pro Woche aufnehmen muss. Auch wenn wir alle bereits beschlossenen Maßnahmen umsetzen, kann es zu Engpässen bei der Unterbringung kommen. Das ist eine schlichte mathematische Rechnung.

Und dann ist es nicht peinlich Herr Damblon, wenn wir als SPD Fraktion Anfragen stellen, ob die Verwaltung Standorte für mobile Unterbringungen prüft. Vielmehr ist an diese Frage erkennbar, dass wir in die Zukunft schauen und gewappnet sein wollen, für die neuen Herausforderungen.

Und die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge ist erst der Anfang. Was geschieht denn, wenn alle Flüchtlinge menschenwürdige untergebracht sind? Wie kann es uns die Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger gelingen? Was brauchen wir damit Integration gelingen kann. Aus Sicht der SPD sind wichtige Schlüssel zur erfolgreichen Integration die Sprache, die fachliche Betreuung der Flüchtlinge und die Bildung,

Im Kulturausschuss haben wir Anträge gestellt, damit die Einrichtung des kulturellen Lebens verantwortlich an der Integration mitwirken können. Weder unsere Anträge mit dem Ziel der Ausweitung des Angebotes innerhalb der

Musikschule, noch der VHS wurden angenommen. Dabei kann gerade die Kultur helfen Brücken zu bauen.

Auch die von uns beantragte wirklich geringe Aufstockung der Stellen bei Caritas und Diakonie für die Betreuung der Flüchtlinge, die in Meerbusch bleiben, wurde nicht mitgetragen. Und dass, obwohl bereits jetzt schon mehr kommunale Flüchtlinge betreut werden als ursprünglich bei der Beauftragung von Caritas und Diakonie angenommen wurde. Die in Zukunft zu erwartende Steigerung wird schlichtweg ignoriert.

Und im Bereich der Weiterentwicklung der Schullandschaft der weiterführenden Schulen ist ebenfalls keine Lösung zu erkennen. Es entsteht der Eindruck, dass wir prüfen und abwägen, Fachleute wie die Schulleiterinnen und Schulleiter einbeziehen, aber eben keine notwendigen Entscheidungen treffen. Durch den Zuzug von Flüchtlingen müssen wir davon ausgehen, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die beschult werden, ansteigen wird. Ich gehe davon aus, dass diese Erhöhung in den Arbeitskreis Schulentwicklung einbezogen wird und dadurch eine weitere Dynamik entstehen wird. Vielleicht gelingt es dann endlich die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit unsere Schullandschaft auch für die Zukunft gut aufgestellt ist. Das die SPD den Bau einer zweiten Gesamtschule hierfür als Lösung anstrebt ist kein Geheimnis.

Im letzten Jahr waren wir davon ausgegangen, dass die Haushaltsansätze gemäß dem Haushaltsgrundsatz „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“ realistisch veranschlagt wurden. Die gute Nachricht ist, der

Haushalt wurde nicht künstlich klein gerechnet. Es wurden keine erforderlichen Maßnahmen aufgrund von fehlenden Mitteln verzögert. Aber auch dieses Jahr zeigt ein Blick in die Liste der Baumaßnahmen, dass wiederum fast 40% der Baumaßnahmen bis Ende November nicht realisiert wurden. Allerdings liegt dies nicht nur an Politik und Verwaltung. Im letzten Jahr konnten Baumaßnahmen erst verzögert oder gar nicht begonnen werden, da die Planung der Baumaßnahmen nicht den Wünschen der Anwohner entsprach.

Die SPD fordert bereits seit vielen Jahren, dass wir uns kritisch mit den eigenen Standards der Stadt Meerbusch auseinander setzen.

Es muss gelingen, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend zu informieren. Wir als SPD sind immer sehr an den Einwänden der Bürgerinnen und Bürger interessiert, aber wir behalten uns vor, diese Einwände selber zu bewerten. Das bedeutet auch, dass wir nicht allen Bürgerwünschen entsprechen können. Die Entscheidungen trifft der Rat, dafür sind wir gewählt worden und diese Aufgabe nehmen wir ernst. Für uns ist wichtig, dass zwischen den Anforderungen der Verwaltung und den Wünschen der Bürger vermittelt wird, damit es nicht zu jahrelangem Stillstand bei der Durchführung von erforderlichen Maßnahmen kommt.

Im Übrigen wird sicherlich auch das Gerichtsurteil im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Einstufung der Webergasse bei den Gebühren für die Straßenreinigung und der Straßenlaternensanierung im kommenden Jahr im Bauausschuss zu bewerten sein.

Die Verpflichtung sich selbst zu hinterfragen und Ziele für die Arbeit zu definieren hat in Übrigen nicht nur der Rat zu leisten. Vielmehr muss auch die Verwaltung eine fundierte Bedarfsanalyse und Aufgabenkritik leisten.

Und unter dem Aspekt, dass in den nächsten Jahren weitere Fachbereichsleiter ausscheiden, ist auch die Frage des Wissenstransfers und der systematischen Personal- und Führungskräfteentwicklung zu stellen.

Damit die Verwaltung für die Herausforderungen der nächsten Jahre gewappnet ist, hat der HFA bereits im vergangenen Jahr der Bereitstellung von Mitteln für die Beratung der Verwaltung in Fragen der Personalentwicklung zugestimmt. Leider wurden diese Mittel nicht bereits in diesem Jahr eingesetzt. Aber wir bleiben dran und werden im kommenden Jahr darauf achten, dass diese Mittel fließen.

Die Aufgaben und Herausforderungen für die Verwaltung wird in den nächsten Jahren eher zu als abnehmen. Daher brauchen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeit wert geschätzt wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit und ihre Unterstützung bedanken. Ohne die fachliche Unterstützung ihrerseits wäre unsere politische Arbeit noch schwerer zu leisten.

Deutlich möchte ich den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonderen Dank aussprechen, die im vergangenen Jahr mit der Mammutaufgabe betreut

waren, die Flüchtlinge in Meerbusch unterzubringen, sie zu begleiten und ihnen zu helfen. Dafür unseren herzlichen Dank!

Lassen Sie mich nun noch kurz ausführen, dass ich die Finanzierung der Städte und Gemeinden weiterhin im Grundsatz für unzureichend empfinde. Aber endlich hat der Kreis in Aussicht gestellt an seine Ausgleichsrücklage zu gehen, dennoch wird die Kreisumlage erneut ansteigen.

Es bleibt dabei, dass die Kommunen die letzten im Glied sind. Hier bedarf es seitens des Bundes und der Länder endlich einer Reform der Finanzierung der Städte und Gemeinden. Der Lebensmittelpunkt der Menschen ist die Kommune, hier müssen ausreichend Mittel ankommen, um den wachsenden Herausforderungen und Aufgaben gerecht werden zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie sind angesichts unserer Argumente nun sicher nicht erstaunt, dass wir dem Haushalt nicht zustimmen können.

Auch wenn es einzelne Punkte gibt, bei denen wir einen Konsens gefunden haben. So wiegt für uns der Mangel an zukunftsorientierten, sozial gerechten und verlässlichen Aspekten schwerer. „Wir wollen Zukunft: also handeln“ ist unser Anspruch, und der funktioniert nur, wenn mit Weitsicht und Planung gehandelt wird. Diese Aspekte vermissen wir leider in diesem Haushalt

Mir bleibt noch Ihnen allen ein paar geruhsame Tage im Kreise Ihrer Familie, ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr 2016 zu wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sehr geehrte Bürgermeisterin, liebe Ratsmitglieder, meine Damen und Herren,

interessanterweise scheint sich dieses Jahr die Diskussion um die Aufstellung des Haushalts in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich auf einen Themenkomplex zu reduzieren. Vielleicht ist dieses auf die Schnelllebigkeit der heutigen Zeit zurückzuführen, den immer größeren Stellenwert, den soziale Medien einnehmen oder auch eine Berichterstattung in der Presse, die dem amerikanischen Leitsatz folgt „only bad news is good news“. Aber dazu später mehr!

Dabei wäre es doch schön gewesen wenn in den Mittelpunkt der Wahrnehmung Dinge getreten wären, welche tatsächlich das heutige und zukünftige Leben in Meerbusch bestimmen und nachhaltig beeinflussen:

Da wäre – aus grüner Sicht – sicherlich an erster Stelle der Umgang mit der Flüchtlingssituation zu nennen. Und das fast durchgehend positiv. Neben einem wirklich beeindruckenden Engagement von Ehrenamtlern aus der Bürgerschaft ist es schon wohltuend zu erleben, mit welchem Einsatz die Stadtverwaltung sich dieses Themas annimmt. Gleichzeitig ist es beruhigend die Geschlossenheit des Rates der Stadt bei dieser zweifelsohne schwierigen Herausforderung zu erleben - ohne größere politische Grabenkämpfe - mit der Zielsetzung, die strapazierte Begrifflichkeit der „Willkommenskultur“ in Meerbusch erlebbar zu machen – auch wenn dieses eine riesige Herausforderung ist.

Und ja, die Situation belastet auch den Haushalt und es stehen größere Investitionen an. Aber Politik und Verwaltung ziehen dabei an einem Strang und die Unterstützung in der Bürgerschaft ist bis jetzt noch sehr beeindruckend. Wir hoffen sehr, dass dieses Klima erhalten bleiben kann und haben deshalb im Rahmen der Haushaltsberatungen uns auch dafür eingesetzt, dass sowohl die Investitionen in Unterbringungsmöglichkeiten dabei helfen, die erwarteten Bedarfen so schnell als möglich befriedigen und gleichzeitig aber auch viel Wert darauf gelegt, dass zusätzliche Personalkapazitäten geschaffen werden um die Mitarbeiter(innen) nicht noch ein Jahr „auf dem Zahnfleisch gehen zu lassen“!

Aus grüner Sicht sind wir natürlich froh in der Kooperation mit der CDU auch ein paar Themen eine höhere Gewichtung zukommen zu lassen, welche für eine nachhaltige und ökologische Entwicklung der Stadt von Bedeutung sein werden. Dabei haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Investitionen in das Radwegenetz höher ausfallen. Und auch das von uns nach vorne gebrachte Wirtschaftswegekonzzept wird in dieser Richtung Weichenstellungen nach sich ziehen, die die Verbindungen zwischen den Stadtteilen als Alternative zum PKW attraktiver machen werden. Und wir wollen eine weitere Verbesserung des ÖPNV und haben uns deshalb eine Verdichtung der Taktfrequenz der U76 stark gemacht und wollen eine zeitnahe Realisierung einer Busanbindung an den Düsseldorfer Norden via A44-Brücke. Und auch das Konzept der „blühenden Landschaften“ trägt zu einer nachhaltigen, ökologischen Entwicklung der Stadt Meerbusch bei. Wir wollen – im Gegensatz zur SPD - kein zweites „Meerbusch Mitte“ durch die Hintertür. Uns sind die Freiflächen zwischen den Stadtteilen wichtig für die Ökologie und den Erholungswert in der Stadt Meerbusch!

Große Gemeinsamkeit bestand in der Kooperation sicherlich darin, dass wir die Ausgaben und Leistungen im sozialen Bereich und in dem Zukunftsfeld Bildung nicht kürzen wollen. Trotz einer

höheren Belastung durch die Abundanzumlage und eine dramatische Erhöhung der Kreisumlage sind dieses für uns Bereiche, in denen Einsparschritte nicht sinnvoll erscheinen oder sozial verträglich wären.

Dass positive Entscheidungen wie diese in der Öffentlichkeit nicht als solche erkannt werden ist verständlich. Da wird die Bewahrung des Status quo stillschweigend toleriert.

Was aber komplett in den Mittelpunkt des Interesses rückt ist das Thema Parkgebühren, und dabei ist jede Eskalationsstufe auf Facebook oder in den Kommentarmöglichkeiten der Online Presse anscheinend salonfähig:

Da rufen Leser zur Sachbeschädigung an Parkautomaten auf, da wird behauptet, dass die geplanten Einnahmen doch nur für die Flüchtlinge seien usw. – der nach unten offenen Peinlichkeitsskala sind keine Grenzen gesetzt. Traurig, aber anscheinend auch ein Stück Meerbuscher Realität!

Aber worum geht es eigentlich? Was bringt die Bürger so auf die Palme? Ist es die konsequente Dauerstimmungsmache der IHK auf allen Kanälen, auf die Spitze getrieben vom Geschäftsführer Jürgen Steinmetz, welcher auf der gleichen Veranstaltung in Meerbusch 11x vor diesen Gebühren warnt, gleichzeitig aber für eine Süderschließung des Krefelder Hafens auf Meerbuscher Gebiet wirbt – wahrlich ein großer Verkehrsexperte und Kenner unserer Stadt? ? Ist es die unglückliche Positionierung der Wirtschaftsförderung zu dem Thema? Sind es Vertreter von Werbegemeinschaften des Einzelhandels die die Parkgebühren als – Zitat – „Killer des Einzelhandels“ bezeichnen und vom –Achtung, wieder Zitat – „dem Tod der Geschäfte“ sprechen? Wozu diese martialische Terminologie?

Fakt ist: Wir sind noch eine der wenigen Kommunen, welche keine Parkgebühren haben. Nahezu alle vergleichbaren Städte haben diese schon länger eingeführt. Und ja, es gibt in all diesen Städten noch Einzelhandel in Form einer friedlichen Koexistenz mit MIT Parkgebühren. Wer sich mit dem Thema etwas inhaltsvoller beschäftigt stellt schnell fest, dass es sogar zu positiven Nebeneffekten für den Einzelhandel bei einer Einführung kommt: Es gibt eine größere Fluktuation, die Stellplatznutzungsdauer nimmt ab und dem Handel wird mehr Kundschaft zugeführt. Aber das nur mal am Rande. Und wir reden hier über eine Parkgebührenrealisierung, welche in den ersten 30 Minuten kostenloses Parken vorsieht, am einkaufsstarken Samstag generell frei ist und ansonsten für 2 Stunden Parken mit 1,50 € zu Buche schlagen wird. Und das in einer Stadt, in welcher das Durschnitteinkommen weit über dem Schnitt des Landes liegt

Viel wichtiger erscheint uns Grünen aber – und, da sind wir ehrlich: Wir erhoffen uns davon auch sicherlich eine Steuerungsfunktion!

Wir sind fester Hoffnung, dass der eine oder andere Bürger vielleicht doch zukünftig sein Auto mal stehen lässt und zu Fuß geht oder das Fahrrad wählt. Und das kommt allen zugute!

Wenn man sich die Konzepte von Städten anschaut, die erfolgreich Einzelhandel in der Innenstadt ansiedeln und halten, dann fällt da oft eine wichtige Begrifflichkeit: Aufenthaltsqualität!

Erfolgreich sind die Städte, welche ihren Bürgern einen genussvollen Einkauf ermöglichen in begrünten Fußgängerzonen, mit Bänken zum Verweilen. Nicht das Anfahren und Parken mit dem eigenen PKW steht im Vordergrund sondern der Genuss, das Einkaufserlebnis, der abschließende Cappuccino im Straßencafé ohne PKW-Lärm!

Und abschließend zu dem Thema ein letzter Hinweis: Bis dato ist es so, dass die Stadt das kostenlose Parken allein auf den zukünftig bewirtschafteten Flächen mit jährlich rund 100.000 € subventioniert. Geld, das alle Bürger zahlen und mitfinanzieren müssen. Auch diejenigen, die mit dem Rad einkaufen oder zu Fuß in die Stadt gehen! Es ist also nur ein Gebot der Steuergerechtigkeit dass diejenigen, deren Bedürfnis die Kosten verursacht, diese auch anteilig tragen!

Meine Damen und Herren, es wäre schön gewesen, wenn das letzte Thema nicht so sehr im Mittelpunkt stehen würde und die Menschen auch mal den realen Blick über den Meerbuscher Tellerand hinaus wagen würden. Und es wäre schön, wenn der Blick nach vorne ein optimistischer und positiver wäre. Sicherlich ist in Meerbusch nicht alles Gold was glänzt, aber in Vergleich zu anderen Kommunen sind wir dann doch noch sehr gut aufgestellt und können den Bürgern einiges bieten, was anderswo nicht mehr möglich ist!

Ich wünsche allen ein schönes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch, gute Erholung in einer – zumindest für die Ratsmitglieder – für ein paar Wochen politikfreien Zeit, und Danke der Verwaltung herzlich für die gute Zusammenarbeit und den extrem hohen Einsatz bei der Bewältigung der alltäglichen Aufgabenstellungen und insbesondere für das hohe Engagement im Bereich der Flüchtlingsunterbringung /Integration!

Auf eine Neues in 2016!!

Joachim Quass

- für die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Meerbusch -

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Meerbusch,

Wir beginnen unsere Rede mit einem großen Dank an die Verwaltung und all die Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, die seit August mit großem Engagement und großer Professionalität die Flüchtlinge hier in Meerbusch betreuen. Wir möchten aber auch allen Meerbuschern danken, die mit Verständnis und Geduld an der ein oder anderen Stelle zurückstecken mussten, weil vielleicht ihre Sporthalle belegt war und auch einiges Gewohnte umorganisiert wurde.

Und nicht wenige Meerbuscher haben entdeckt, dass die Flüchtlinge, die auf einmal vor unserer sprichwörtlichen Tür standen - uns doch auch Anlass dafür geben, über uns selbst nachzudenken, über unser Handeln oder Wichtigkeiten im Leben. Es mag auch den ein oder anderen geben, der das Zusammenspiel zwischen politischer Verantwortung und bürgerlichem Engagement neu betrachtet. In gewisser Weise verhelfen uns die Flüchtlinge auch zu einem fokussierten Blick auf uns selber. Was ist wirklich wichtig? Wo liegen Schwerpunkte? Was sollten wir verändern?

Mit diesem Vorwort schwenke ich auf die Haushaltssituation der Stadt Meerbusch über. Die betrachtet der eine oder andere ja noch als komfortabel. Aber wenn wir ein wenig genauer hinsehen, dann stellen wir fest, dass die Leistungen sich mehr und mehr auf das beschränken, was wir als „Pflichtleistung“ ansehen. Und bei der Kür, also den „freiwilligen Leistungen“, wird es immer enger. Wenn wir über Kreisumlage und Abundanz reden, sehen wir, wie sehr wir von Entscheidungen übergeordneter politischer Ebenen abhängen. Da kann man das große Jammern anfangen, nach oben schimpfen und sehen, wo man das Geld irgendwo herbekommt, aber letztendlich müssen wir uns wohl oder übel damit abfinden. In Anbetracht des Umstandes, dass die Wirtschaft boomt, fragt man sich unweigerlich: Wenn wir jetzt keinen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen, wann sollen wir das denn eigentlich tun?

Und so vermittelt ja auch das Agieren rund um die Parkgebühren eher den Anschein von Torschlusspanik, wie denn bei all den geplanten und angeblich unvermeidbaren Ausgaben irgendwann ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll. Ja wenn nicht jetzt, wann dann?

Zwingt die Haushaltslage wirklich dazu? Ist wirklich schon alles ausgereizt? Gibt es keinen anderen Ausweg, als das Prinzip Hoffnung zum Planungselement zu erheben?

Die Art und Weise, wie Sie mal eben kurz über dieses für die Händler und Bürger wichtige Thema mit einem nebulösen Blättchen im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden, zeugt doch von wenig Plan und Systematik.

Eine Bitte haben wir aber in jedem Fall: Lassen Sie bloß die Schranken weg! An Schranken stehen wir in Meerbusch schon genug.

Was wollen Sie denn mit der neuen Geldquelle so bezahlen? Den dritten Beigeordneten? Die Abschaltung der Abschaltung? Die Fata Morgana namens K9n? Die teuersten Musikstunden der Region?

Wenn wir uns die Positionen im Haushalt ansehen - im übrigen drängte sich bei uns der Eindruck auf, dass der Entwurf anfänglich ein wenig mit „heißer Nadel“ gestrickt wurde - so ist es nicht schwierig festzustellen, dass Sie die Sparpotentiale auf der Ausgabenseite bei weitem nicht ausgereizt haben. Daran werden Sie aber trotz erzwungener Mehreinnahmen nicht vorbei kommen. Wie ich schon ausführte, müssen Sie in vielen Bereichen die Leistungen zurückfahren, in private Hände geben oder viel intensiver mit der Bürgerschaft kooperieren.

Denn obwohl der Haushalt formal etwa 160 Millionen Euro umfasst, bleiben am Schluss bestenfalls großzügig geschätzt 15 Millionen Gestaltungsfreiheit übrig - nicht viel in Anbetracht der zahlreichen Wünsche, Verpflichtungen und Versprechungen.

Ein 115 Millionen Euro Schuldenberg im Vergleich zu 15 Millionen ist dann halt doch ein sehr hoher Berg. Da helfen ein 160 Millionen Haushalt oder eine 600 Millionen Bilanzsumme auch nichts. Glauben Sie wirklich daran, ihre rote Null irgendwann in eine schwarze Null umwandeln zu können? Wir tun das nicht.

Frau Mielke, Sie haben in einem Interview letztes Jahr gesagt - ich zitiere: „Unsere Zinsbelastung liegt bei 4,8 Millionen Euro im Jahr - mit dem Geld kann man Schöneres anstellen.“ Heute bereits können wir allerdings gemeinsam feststellen, dass wir noch sehr lange mit dem „Schöneren“ warten müssen. Ein Abbau der Schulden und damit der Zinsen ist nicht in Sicht - selbst mit einem guten Fernrohr nicht.

Frau Bürgermeisterin, Sie scheinen ja Musik zu lieben. Ich tue das auch. Aber da gibt es einen kleinen Unterschied. Sie halten sich ein Orchester für 1,2 Millionen Euro. Ich dagegen lege mir eine

Platte auf. Das ist natürlich ein Scherz. Aber ernsthaft: 1.000€ Zuschuss für jeden der 1.250 Schüler sind einfach viel zu viel. Das geht nicht! Das ist auch noch eine Steigerung gegenüber 2014 um über 30%. Sagenhaft! Hatten wir uns nicht alle einmal gemeinsam vorgenommen, die Ausgaben schrittweise runterzufahren? Ich bitte Sie sehr dringend darum, Konzepte vorzulegen, wie man von diesem Level deutlich runterkommt. Und das geht bestimmt ohne Leistungs- und Qualitätseinbuße. Wir hatten jedenfalls sehr moderat beantragt, erst einmal wieder auf das Niveau von 2014 runterzukommen. Wir geben Ihnen auch genug Zeit. Nur bitte: Handeln Sie hier endlich! Denn nirgendwo anders - nirgendwo anders in den städtischen Ausgaben lässt sich einfacher, schneller und ohne nachhaltig negative Wirkung sparen. Leider wurde unser entsprechender Antrag gegen jegliche Vernunft abgeschmettert.

Es gibt artverwandte Bereiche, die auch teuer sind, nämlich Stadtbibliothek und Volkshochschule. Beide sind ebenfalls konzeptionell und organisatorisch umbaufähig. Wir können uns gut eine Zusammenführung beider Bereiche vorstellen im Verbund mit einer inhaltlichen Neuausrichtung. Eine Stadtbibliothek als „Haus des Wissens“ und „Haus des Lernens“ klingt nicht nur gut, sondern ist in vielerlei Hinsicht zukunftsweisend. „Lebenslanges Lernen“ oder „Navigator in der Medienflut“ sind nur einige Stichworte aus diesem Bildungs-Spektrum. Wir wissen, dass so ein Wandel Zeit braucht, aber wichtig ist die Weichenstellung bereits heute.

Warum ich gerade an dieser Stelle das Stichwort „Haus Meer“ einflechte, überlasse ich der Phantasie des Zuhörers. Die Stadt muss sich hier mehr engagieren. Haus Meer ist ein Denkmal nationaler Bedeutung. Die Stadt ist die einzige Institution, die historisches und bürgerliches Interesse am Objekt verbinden kann mit einer Nutzung, die mit den Forderungen des Denkmalschutzes einhergeht. Der Anlass der 850-Jahr-Feier wäre doch eine passende Gelegenheit, sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, dass die Stadt dieses Gelände erwirbt, so wie die FDP das schon mehrfach beantragt hat. Hat denn niemand hier ein schlechtes Gefühl dabei, dass wir eine würdige 850-Jahr-Feier begehen auf einem Gelände, das uns nicht gehört, wo wir um Zutritt bitten müssen und das dem Verfall geweiht ist?

Frau Bürgermeisterin: Möchten Sie wirklich in die Geschichte von Meerbusch eingehen als diejenige, die die Parkgebühren eingeführt hat oder vielleicht doch eher als diejenige, die Haus Meer gerettet hat?

Denn Schwerpunkte setzen, das ist die Aufgabe der Politik. Und das gilt in Zeiten schwacher Finanzen um so mehr. Entscheidungen sind nicht immer angenehm. Es ist aber unsere Aufgabe.

Die Abschaltung der Nachtabeschaltung ist ja so eine Entscheidung. Egal wie man sich entscheidet, im Zweifel ist es falsch. Da ist entweder der verärgerte Bürger oder das verstromte Geld, das dann in Photonen umgewandelt wird. Nur eine Laterne, die nicht leuchtet, kostet auch nichts - das gilt auch bei LED. Wir bleiben jedenfalls bei der beschlossenen Abschaltung.

Hier ist im übrigen - wie gelegentlich - das gewählte Entscheidungs-Verfahren mittels Bezifferung „en passant“ im Haushaltsentwurf ein wenig zweifelhaft, möglicherweise in dieser Form unzulässig. Es gab da ja fertige Anträge, die man hätte behandeln können.

Summa summarum wissen wir alle, dass die Ausgabenlast nachhaltig um mehrere Prozentpunkte gesenkt werden muss. Potential dafür gibt es aus unserer Sicht genug. Wenn wir da jetzt auf jeden einzelnen Punkt eingehen, dann würde die Rede recht lang ausfallen.

Da wären auszugsweise:

- Geräte und Gerätehäuser für die Feuerwehr,
- die nur angeblich altersschwachen Fahrzeuge des Bauhofs,
- die Personaldecke und deren übermächtiger Overhead mit mittlerweile fast 37 Mio €
- Verbesserung in Organisation und Abläufen,
- alle möglichen Zuschüsse,
- schöne Schulhöfe,
- der Umfang der IT-Ausgaben,
- das JuCa,
- die Kunstrasenplätze und Sportstätten
- die Gutachteritis und
- das Hallenbad

Ja, das neue Hallenbad! Ausgabenplan jetzt schon 6,725 Mio € statt veranschlagter 5,995 Mio. €. Stoppen Sie doch einfach den Umbau und sparen Sie die Millionen. Die haben Sie sofort. Damit können Sie Meerbusch 100 Jahre lang nachts beleuchten!

Ja, die Gutachteritis! Frau Bürgermeisterin, Sie hatten in Ihrer Antrittsrede selbst auf die ausufernde Menge an Gutachten hingewiesen - das war gut. Aber bitte folgen Sie Ihren eigenen Erkenntnissen!

Da könnte man für 25.000 Euro die Wege rund um die Brücke am Lanker See herrichten. Aber nein: stattdessen geben wir das mal eben kurz für eine externe Planung aus, die uns dann sagt, dass die Brücke für weitere 60.000 Euro herzurichten sei.

In zahlreichen Haushaltspositionen schimmert dieser Widerspruch durch zwischen „das wäre wünschenswert“ und „das geht auch einfacher, noch länger oder einfach auch anders“.

Ein „Nein“ ist unangenehm, ein „weg damit“ tut weh, ein „machen wir anders“ macht Arbeit.

Aber am Ende des Tages und am Ende dieser Rede steht eines der vielen bedenkenswerten Zitate von Helmut Schmidt:

„Rate den Mitbürgern nicht das Angenehmste, sondern das Beste“

Ralph Jörgens

Es gilt das gesprochene Wort



Meerbusch, 17.12.2015

Haushaltsrede 2015

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,**

haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, warum Meerbusch so ein beliebtes Zuzugsgebiet ist? Warum zahlen die Menschen den im Vergleich zu anderen Kommunen so einen exklusiven Grundstückspreis? Welche Vorstellungen haben die Menschen von ihrer Nachbarschaft, der Infrastruktur der Stadt? Wir haben mit Lärm und anderen Umweltbelastungen zu kämpfen, aber dennoch leben wir in einem grünen Umfeld. Herauszuheben ist ein qualitativ sehr gutes Schulangebot und der Kitaausbau ist vorbildlich. Unsere Gemeinde- und Gewerbesteuern sind noch tragbar.

Das haben alle Akteure, Rat, Verwaltung, Bürgermeister und, ganz wichtig, der Steuerzahler in der Vergangenheit bis zum heutigen Tag geschaffen. Herr Fiebig, ein über die Stadtgrenzen hinaus anerkannter Fachmann, versucht mit der Bürgermeisterin ein Entschuldungskonzept auf den Weg zu bringen, in welchem man klare Vorgaben erkennen kann.

Aber würde ich die vorher gestellten Fragen detailliert beantworten, würde ich befürchten, die Meerbuscher Bevölkerung zu verunsichern... das will man heutzutage ja nicht...

Nach wie vor finden wir im Haushalt eine gewaltige Schuldenzahl. Wir nutzen die Vorteile der Niedrigzinsphase und arbeiten verstärkt mit Kassenkrediten, die bei einer anderen wirtschaftlichen Situation kein Konzept für die Zukunft sein darf. Wir müssen unsere Schulden stärker tilgen, wir müssen zusätzlich hierfür nach wie vor sparen. Grundstücksverkäufe sollten wir umgehend zur Schuldentilgung nutzen.

Andere Kommunen drohen mit drastischen Erhöhungen der Grundsteuer, welche finanziellen Belastungen kommen noch auf Meerbusch zu, können wir uns diverse Investitionen und Bauvorhaben noch leisten?

In den letzten Monaten beherrscht das Thema der Zuwanderung die Kommunen und wir können uns glücklich schätzen, in einer weltoffenen, funktionierenden und internationalen Stadt zu leben, in der jeder seine Meinung sagen darf und wo es bislang nicht zu belastenden Situationen in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit gekommen ist.

Menschen wandern zur Zeit aus den unterschiedlichsten Gründen ein, Ziel ist es, den Personenkreis zu schützen, der wegen Unterdrückung, Verfolgung, Folter und Krieg flieht und Zuflucht sucht.

Viele Menschen in Meerbusch leisten in dieser außergewöhnlichen Situation Außergewöhnliches und zeigen gegenüber den Flüchtlingen eine vorbildliche Aufnahme und Hilfsbereitschaft.

Dafür danken wir allen aktiven Bürgerinnen und Bürgern, den Haupt- und Ehrenamtlichen, den örtlichen Hilfsorganisationen und allen Einrichtungen, Institutionen und Firmen, allen Vereinen und Verbänden, der Bürgermeisterin, den Dezernenten und allen Beschäftigten der Verwaltung ganz herzlich und ausdrücklich.

Trotz aller Aktivitäten und Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten wird auch unsere Kapazität irgendwann erschöpft sein, die Ehrenamtler und städtischen Mitarbeiter mit ihrer Energie am Ende sein. Ich erspare es Ihnen zu erwähnen, wem wir diese unkontrollierbare und unorganisierte Situation zu verdanken haben, das tut hier heute Abend nichts zur Sache.

Zurück zum kommunalen Geschehen.

Der Haushalt ist auch dieses Jahr in relativ knapper Zeit beraten und diskutiert worden. Die Fraktion der CDU stellte verblüffend wenig Fragen zu bestimmten Themen und da stellt man sich die Frage, ob die Verwaltungsspitze von der CDU Gehorsam erwartet oder umgekehrt? Vielleicht erhält die CDU so viele Vorabinfos, dass sie es gar nicht nötig hat, nachhaken zu müssen. Wie im letzten HAFA der Fraktionsvorsitzende der FDP richtigerweise anmerkte, bekommt die CDU doch häufig Besuch von der Verwaltungsspitze, ist dies denn nötig, werden hier nicht bezahlte Überstunden künstlich generiert?

Die UWG würde hier folgendes im Sinne der Neutralität vorschlagen: Jeden Montag erhalten alle Fraktionsvorsitzenden ein Briefing durch ein Mitglied der Verwaltungsspitze, damit geht jeder dann in seine Fraktionssitzung, das hat den Vorteil, dass Herr Rettig und ich nicht mehr so viel in den Sitzungen fragen, der zeitliche Aufwand ließe sich reduzieren.

Die UWG hatte Anfang des Jahres auch seine positiven Veränderungen, das selbst ernannte "Sprachrohr des Bürgers" hat sich einen anderen Namen gegeben und wir können nun mit abgestimmten und sachorientierten Themen Impulse setzen, die den Spargedanken und Ideen beinhalten, welche eine gute Innen- und Außenwirkung für Meerbusch generieren würden.

Darunter fiel der Antrag zur Musterklage, der sicherlich Zeit und Geld allen Beteiligten, auch der Stadt Meerbusch, spart. Hier achtete die Bürgermeisterin nicht ganz auf den Slogan einer Schweizer Bonbonmanufaktur: "Wer hat's

erfunden?" Flugs wurde der Antrag juristisch geprüft und wohlwollend als Goody der Verwaltung verkauft.

Wie in der Werbung würde ich gerne bildlich an ihrem Saunatuch ziehen und rufen: „Wer hat's erfunden?“ Bis sie bekennen: "Die UWG hat's erfunden!"

Wir hätten gerne mit Ihnen, meine Damen und Herren, noch andere Themen besprochen, aber da merkten wir schnell, dass wir da no-go-areas betreten.

Das Immobilien-Konzept hätte nach unserem Vorschlag hohe Kosten gespart, wenn die Bürgermeisterin mit ihrem Stab nach Osterath, in das dort repräsentative alte Rathaus gezogen wäre. Nein! Das kommt nach dem Willen des nicht unbedeutenden Teils der CDU Buderich doch gar nicht in Frage. Hier wird ein typisches Stadtteildenken gelebt, was die UWG als längst überwunden angesehen hatte. Stattdessen will man dem Steuerzahler 1.2 Millionen Sanierungskosten für dieses Gebäude aufhalsen, vielleicht bekommen sie ja die Schallschutzfenster vom Flughafen bezahlt, durch das neue niedrigere Abflugverfahren wäre dies sicherlich eine Anfrage wert.

Übrigens bitten auch Betroffene in anderen Stadtteilen, die durch vermeidbaren Abfluglärm durch niedrige Überflughöhe leiden, um Entlastung. Wir sind der Überzeugung Frau Mielke- Westerlage, dass sie sich für alle Bürger in Meerbusch einsetzen, um den gesundheitsschädlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. Dazu wäre auch die Solidarität aller politischen Gremien gefragt, da uns verschiedene Umfragen in unterschiedlichen Medien zeigen, dass wir mehr auf die Bürger und Bürgerinnen hören müssen.

Dies gilt auch für alle anderen Arten von Lärm und Umweltbelastung. Daher wundert sich die UWG, warum die Stadt und einige Fraktionen weiterhin am Bau der K9 n festhalten. Das letzte Gerichtsverfahren sollte doch augenöffnend sein, das Gericht erörterte formale Fehler und materielle Fehler 2 Stunden lang. Wir sehen diese Ausgaben als eine Verschwendung von Steuergeldern und einen massiven Eingriff in die Natur an. Der Landrat spricht sich für mehr Wald aus, stattdessen reduzieren wir unsere Waldflächen und der ein oder andere hat auch keine Skrupel, gesunde Bäume in einer Allee für krank zu erklären, weil sie einem Sanierungskonzept im Weg stehen.

Die UWG möchte nicht auf Bürgeranhörungen den Anwalt spielen, es wäre viel schöner, wenn die Bürger allumfassende, tatsachenentsprechende und transparente Infos im Vorfeld erhalten würden. Auch im aktuellen Fall der Webergasse in Lank wurde diese Straße von der Verwaltung falsch eingestuft, erst das Gericht gab den Anliegern Recht.

Im Übrigen werden wir uns in Zukunft mehr Gedanken über die Straßensanierungen und anderen Baumaßnahmen machen müssen. Die finanziellen Mittel werden zukünftig knapper ausfallen.

Es ist schade, dass ich hier noch einmal die Aufhebung der Nachtabstimmung erwähnen muss, dies sollte eigentlich, wäre es nach dem Willen der UWG gegangen, schon lange kein Thema mehr sein. Es ist unsere Aufgabe, das Sicherheitsempfinden von Steuerzahlern zu respektieren und die Straßenlaternen nach dem Motto "Licht schafft Sicherheit" nachts aktiviert zu lassen.

Dies ist ein Thema, das die UWG schon Jahre anspricht, die Auto-Aufbrüche sprechen für sich, Verbrechensbekämpfung und Verfolgung gestalten sich bei Licht einfacher.

Die Bürgermeisterin möchte den Bürgerwünschen entsprechen und es ist in unseren Augen selbstverständlich, dass jedes Ratsmitglied sie darin unterstützt. Die vorzeitige Umrüstung auf LEDs wurde verpasst und damit erhebliche Einsparung vertan. Warum hat die Verwaltung nicht noch einmal auf die technischen Verbesserungen von LEDs, spätestens im Jahr 2014, hingewiesen? Wir als politische Gremien müssen uns hier natürlich auch fragen, haben wir die Beschlüsse von 2012 zur Straßenbeleuchtung noch einmal kontrolliert oder hinterfragt, sollten wir nicht zukünftig viel mehr hinterfragen, bevor wir diverse Projekte oder Beauftragungen beschließen? Ich erinnere hier auch an das Mehrfamilienhaus an der Villa Löwenburg, ein Gebäude welches nicht mit dem Umfeld harmonieren wird.

Die UWG sieht weiterhin die Sanierung des Hallenbads in Büderich kritisch. Nach der Sanierung werden auch nicht wesentlich mehr Gäste das Bad besuchen, dazu ist es vom Angebot für Familien mit Kindern zu unattraktiv, von der Auslastung im Sommer ganz zu schweigen. Der Zuschußbedarf in Höhe von mindestens 8 Euro pro Badegast pro Besuch wird weiterhin den Haushalt enorm belasten, aber auch hier gilt das CDU Motto: "mir wolle dat, mir krieje dat!"

Warum haben wir zweifelhafte Investitionen getätigt?

Warum haben wir Grünflächen aufgegeben und das attraktive Gesicht unserer Stadt nachhaltig verändert?

Werden wir in naher Zukunft im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler stehen?

Der UWG ist aufgefallen, dass die diesjährige Haushaltsgestaltung Ansätze und Bemühungen zeigen, die lobenswert sind. Dennoch hätten wir uns von der Politik mehr effektive Einsparungen gewünscht, ebenso mehr sachbezogene Diskussionen, die zu diesem Ziel geführt hätten. Daher kann die UWG dem Haushalt nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen im Namen der UWG angenehme Festtage und ein gesundes und glückliches 2016.

Haushaltsrede Christian Staudinger-Napp

zum Haushalt 2016 der Stadt Meerbusch
17. Dezember 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der
Verwaltung, sehr geehrte Gäste,

aus dem kommunalrechtlichen Gebot des Haushaltsausgleichs ergeben sich auch
Verpflichtungen.

Diese Verpflichtungen betreffen nicht nur die allgemeine Reduzierung von Aufwendungen.
Nein, zur nachhaltigen Haushaltswirtschaft gehört mindestens ebenso klar die vernünftige
Nutzung städtischer Ertragspotenziale.

Nicht nur allgemeine Sparsamkeit ist also Trumpf, nein, die Stadt muss sich im sachgerechten Rahmen auch um eine angemessene aber eben auch nachhaltige Ertragslage bemühen.

Aus diesem Grunde haben wir die Entscheidung mitgetragen, Parkgebühren in Meerbusch einzuführen. Sollte die von der Stadtverwaltung Meerbusch genannte Summe der Einnahmen von 700.000 € zutreffend sein, steht aber sogleich auch die Frage im Raum, warum sich die Verantwortlichen jahrelang den Luxus gegönnt haben, auf diese Einnahmequelle zu verzichten?

Gleichzeitig haben wir in diesem Jahr aber auch deutlich gemacht, dass die anstehende Sanierung des Büdericher Hallenbades von unserer Fraktion nicht mitgetragen werden kann.

Eine Sanierung oder sogar ein Neubau in der nun vorgesehenen Form und dazu auf einem der erstklassigsten und für den Wohnungsbau geeigneten Grundstücke der Stadt, kann nicht befürwortet werden. Mit einem Verkauf des Geländes hätte die Stadt an zentraler Stelle städtebaulich aufgewertet werden können. Auch an eine Option für altersgerechtes Wohnen in zentrumsnaher Lage wäre zu denken gewesen. Nun bleibt es wieder einmal - wie so oft - bei einer verpassten Chance!

Smart Mobility für die Stadt der Zukunft - Projekt GREEN WAY. Aufgrund persönlicher Kontakte hatten "Die Aktiven" am Anfang des Jahres erfahren, dass seitens der Europäischen Union, für das o.g. Projekt noch kurzfristig entsprechende Städte und Kommunen gesucht werden.

Das Projekt "GREEN WAY" befasst sich mit dem Aufbau einer Intelligenten, dynamischen und routenunabhängigen Priorisierung von Lichtsignalanlagen für Einsatzfahrzeuge von Rettungsdienst, Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilschutz.

GREENWAY ermöglicht eine zeitoptimale GRÜNE WELLE und GREENWAY schafft den Einsatzfahrzeugen sichere freie Fahrt!

Das Projekt wäre von der EU für die öffentliche Hand zu 100 % finanziert worden.

Ein Hauptprojekt sollte gewählt werden, zusätzlich sollten min. 1 -2 weitere Projekte ebenfalls genannt werden. Beispielhaft nennen wir hier folgende Projekte „Neue Innovative Parklösungen“, sowie das Projekt „Aufbau und Ausbau der Verkehrsplanung für Radfahrwege“.

Die Stadtverwaltung Meerbusch war hier leider jedoch nicht in der Lage das Projekt zu realisieren. Deshalb wünschen wir uns dass in Meerbusch zukünftig ein größeres Augenmerk auf die Realisierung und Umsetzung anstehender Projekte, gerade auch durch die Inanspruchnahme Europäischer Förderprogramme gelegt wird.

Die Aktiven sprechen sich weiterhin eindeutig für eine Kürzung der Investitionen und einen schnelleren Verkauf der städtischen Grundstücke aus. Wir wollen, dass nicht die Stadt, sondern möglichst viele Meerbuscher Wohneigentum besitzen. Denn Wohneigentum ist die beste Altersvorsorge und damit ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherung der Bürger.

Gut wäre sicherlich eine zügigere Vermarktung von Baugrundstücken an Bürger. "Die Bürger Meerbuschs sollen ihre Zukunft verstärkt durch Wohneigentum absichern können", sagen die Aktiven. Das aktuelle Zinsniveau ist schließlich auch für die privaten Bauherren günstig!

Weiterhin sehen wir entsprechende Einsparpotenziale bei der Ausschreibung und Neubewertung von Sach- und Dienstleistungen.

Erschreckend ist allerdings, dass jedes Jahr erneut, alle Fraktionen mit den uferlosen Kosten der ITK Rheinland konfrontiert werden. Dieses Schreckgespenst, das noch nie funktioniert hat, ist höchstwahrscheinlich veränderungsresistent. Deswegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, verschonen Sie uns im neuen Jahr mit einem Vortrag der ITK-Verantwortlichen, sondern schalten Sie endlich einen Gutachter ein, der Licht in den Dschungel der IT-Landschaft bringt.

Insbesondere sehen wir bei der Interkommunalen Zusammenarbeit, wie u.a. bei der Fahrzeugbeschaffung mit anderen Kommunen noch erhebliches Einsparvolumen.

Wahre Bürgernähe in Meerbusch? Die Nachtabstaltung der Laternen beschäftigt die Bürger wie kaum ein anderes Thema. Ich möchte jetzt nicht zum wiederholten Male alle Argumente für ein sofortiges Ende dieser unsinnigen Aktion aufzählen.

Nur so viel: Wenn sich die Mehrheitsfraktionen im Meerbuscher Stadtrat, hier die CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen kräftigen Schluck aus der Steuerpulle gönnen und einen 3. Beigeordneten einstellen, dann muss und sollte auch die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt gewährleistet sein.

Angeblich ist kein Geld da, die Nachtabstaltung zu beenden, aber gleichzeitig werden nicht unerhebliche Summen im Haushalt für die Verschönerung eines Schützenplatzes in Osterath von der CDU beantragt. Deshalb kann es bei diesem Thema nur eine Vorgehensweise geben: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, ziehen Sie unverzüglich die Reißleine und beenden Sie diesen nächtlichen Spuk.

Aufgrund zahlreicher Bürgeranfragen, haben wir diesjährig den Antrag gestellt, die Planung einer Untertunnelung Bahnübergang Haus Meer auf den Weg zu bringen. Leider wurde er parteiübergreifend abgelehnt. Schade, aber auch hier ist die immer wieder gerne viel zitierte Bürgernähe der Politik anscheinend egal.

Eine Steuerverschwendung ohne Zweifel ist der vollkommene Verzicht auf eine Umsatzbeteiligung bzw. die Erhebung einer Pacht an der Meerbuscher Winterwelt in Büderich.

Gleichwohl spielt im Meerbuscher Rathaus auch die Gleichbehandlung keine Rolle. Da wird unseren ansässigen Gastronomen vor Ort mit einer Terrassengebühr kräftig in die Kasse gelangt, aber die Winterwelt gilt als heilige Kuh. Ein Schelm der Böses dabei denkt!

Bei den Haushaltsberatungen wird alljährlich teilweise auch um die kleinsten Summen gefeilscht, aber die Stadtverwaltung Meerbusch scheint die Einnahmeseite nicht zu interessieren!

Unser Ziel eines ausgeglichenen Haushalts können wir allerdings in Meerbusch noch längst nicht mit solchen Unterlassungsaktionen erreichen, hier sind noch weitere sicherlich schmerzliche Entscheidungen gefordert.

Aus den hier genannten Gründen kann unsere Fraktion dem Haushalt 2016 verständlicherweise nicht zustimmen!

Abschließend bedanke ich mich im Namen der Fraktion "Die Aktiven" bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates sowie bei den Beschäftigten der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ihnen allen sowie der ganzen Bürgerschaft wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr!